



Auswirkungen der Maßnahmen gegen Nichtversicherung im GKV-WSG - Eine Zwischenbilanz

Stefan Greß, Anke Walendzik, Jürgen Wasem

Vortrag bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für
Gesundheitsökonomie am 23. März 2009 in Hannover



Überblick

1. Nichtversicherung in Deutschland vor dem GKV-WSG
2. Versicherungspflicht in GKV und PKV
3. Internationale Erfahrungen
4. Gesundheitspolitische Empfehlungen
 - Überwachung der Versicherungspflicht
 - Barrieren für den Zugang zu Krankenversicherungsschutz
 - Konsequenzen für säumige Versicherte
 - Finanzierung der Beitragsausfälle



Nichtversicherung in Deutschland

Anzahl der Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland 1999-2007

	Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %
April 1999	145.000	0,2
Mai 2003	177.000	0,2
I. Quartal 2007	211.000	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

- Risikogruppen
 - Selbständige
 - Prekariat
 - Geschiedene
 - Rückkehrer aus dem Ausland



Versicherungspflicht in der GKV

- Ab 1.4.2007 für den der GKV zuzurechnenden Personenkreis
- Mindestbeiträge wie für freiwillige Versicherte
- Kündigung durch Versicherer ausgeschlossen
- Ruhen des Versicherungsverhältnisses bei zweimaliger Nichtzahlung von Beiträgen
- Bei Ruhen des Versicherungsverhältnisses eingeschränkte Leistungen
- Säumniszuschläge bei Nichtversicherung und Nichtzahlung von Beiträgen



Versicherungsrecht in der PKV ab 1.7.2007

- Ab 1.7.2007 für den der PKV zuzurechnenden Personenkreis
- Modifizierter Standardtarif
 - Keine Risikozuschläge
 - Höchstbeitrag
 - Beitragslimitierung bei Hilfebedürftigkeit
- Kündigung durch Versicherer bei Nichtzahlung von Prämien
- Wartezeiten und Ausschluss von Vorerkrankungen (nach 31.12.2007)



Versicherungspflicht in der PKV

- Ab 1.1.2009
- Gesetzliche Einschränkungen bei Prämienberechnung analog modifiziertem Standardtarif
- Keine Kündigung durch Versicherer
- Ruhen des Versicherungsverhältnisses bei zweimaliger Nichtzahlung von Beiträgen
- Bei Ruhen des Versicherungsverhältnisses eingeschränkte Leistungen
- Säumniszuschläge bei Nichtversicherung und Nichtzahlung von Beiträgen
- Keine Wartezeiten und kein Ausschluss von Vorerkrankungen



Auswirkungen I: Rückkehrer GKV

Rückkehrer in die GKV (Juni 2007 bis Dezember 2008)

Zeitpunkt	Mitglieder	Mitversicherte*	Gesamt*
6/2007	20274	4055	24329
9/2007	50856	10171	61027
12/2007	69060	13812	82872
3/2008	81337	16267	97604
6/2008	91731	18346	110077
9/2008	96788	19358	116146
12/2008	95420	19084	114504

*Schätzung.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis Bundesministerium für Gesundheit, Statistik KM I



Auswirkungen II: Forderungsausfälle

- Beitragsausfälle in der GKV
 - durch Rückkehrer
 - durch Bestandsversicherte
- Rund 100 Mio. durch Rückkehrer
- Rund 180 Mio. € durch freiwillig Versicherte
- Private Krankenversicherung erst seit Einführung des Basistarifs von Forderungsausfällen betroffen
- Zielkonflikt zwischen umfassendem Versicherungsschutz und Schutz der Versichertengemeinschaft



Internationale Erfahrungen: Schweiz

- Versicherungspflicht für die Gesamtbevölkerung seit 1996
- Überwachung durch die Kantone
 - Abgleich der Melderegister
 - Zwangszuweisung zu Krankenversicherungen
- Formaljuristisch keine Nichtversicherten
- Von Leistungssistierung Betroffene ohne Leistungsanspruch
 - Säumige Zahler (ca. 120.000 Personen – Tendenz steigend)
 - Versicherungsverhältnis ruht während Zwangsvollstreckung
 - Kein Wechsel während Zwangsvollstreckung
 - Bei Zahlungsunfähigkeit Beitragszahlung durch Kantone



Internationale Erfahrungen: Niederlande

- Versicherungspflicht für die Gesamtbevölkerung seit 2006
- Einhaltung der Versicherungspflicht wird nicht überprüft
 - Auszahlung des Gesundheitszuschusses an Versicherte
 - Anspruch auf Aufnahme im Leistungsfall
- Regelungen für säumige Zahler führen zu Drehtüreffekt
 - Kündigungsmöglichkeit nach sechs Monaten Beitragsrückstand
 - Kontrahierungszwang für alle anderen Versicherer
- Massiver Anstieg von Nichtversicherten und säumigen Zahlern auf ca. 500.000 Personen
- Gegenmaßnahmen der Regierung



Überwachung Versicherungspflicht

- Gesundheitspolitisches Ziel umfassender Krankenversicherungsschutz ohne Überwachung nicht erreichbar
- Vermeidung externer Effekte und von Free-Rider Verhalten
- Schutz der Versichertengemeinschaft vor Missbrauch
- Sanktionsmöglichkeiten für überwachende Institutionen
- Besonders relevant bei steigenden Forderungsausfällen (steigender Finanzierungsanteil von Zusatzbeiträgen)



Barrieren beim Zugang

- Zahlung von rückständigen Beiträgen in der GKV seit 1. April 2007 schreckt Nichtversicherte ab
- Appelle des BMG nicht ausreichend – Klarstellung des Gesetzgebers erforderlich
- Zugangsbarrieren für den der privaten Krankenversicherung zuzurechnenden Personenkreis (insbes. kleine Selbständige) weiterhin sehr hoch



Konsequenzen für säumige Versicherte

- Säumige Versicherte müssen bei Zahlungsrückstand mit Konsequenzen rechnen...
- ...ohne dass das Ziel umfassender Krankenversicherungsschutz gefährdet wird (Schweiz)
- Ruhen des Versicherungsverhältnisses bei reduziertem Leistungsanspruch ist sachgerechter Kompromiss



Finanzierung der Forderungsausfälle

- Spitzenverband Bund fordert Steuerfinanzierung der Forderungsausfälle
- Pro: Umfassende Versicherungspflicht ist gesamtgesellschaftliches Ziel
- Contra: Wenig Anreize zur Eintreibung von Forderungsrückständen
- Contra: Zumindest die GKV ist traditionell mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben betraut
- Finanzierung der Forderungsausfälle durch Versichertengemeinschaft bei strikter Kontrolle der Versicherungspflicht zumutbar



Fazit

- Rund 120.000 Nichtversicherte haben seit Einführung des GKV-WSG Zugang zu Krankenversicherungsschutz erhalten
- Weiter bestehende Zugangsbarrieren in GKV und PKV
- Überwachung der Versicherungspflicht bleibt notwendig
- Sanktionen für säumige Zahler sind angemessen
- Steuerfinanzierung der Forderungsausfälle nicht sachgerecht



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

stefan.gress@hs-fulda.de